

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anstiftung zu weiteren Morden.

Die Schuldigen an der Reichsbanner-Heze.

„An und für sich ist es freudig zu begrüßen, daß sich die gesunde, bäuerliche Bevölkerung gegen die Ausbreitung der roten Pest tatkräftig wehrt.“

Das ist die Lehre, die das völkisch-deutschnationale Organ der Stahlhelmer und Werwölfe, die „Deutsche Zeitung“, aus dem Mord in Arensdorf zu ziehen weiß: „Tatkräftig wehren“, „gesunde bäuerliche Bevölkerung“ — wenn dann wieder einer von den gegen die Nationalfarben und gegen das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ aufgehetzten Glieder dieser „gesunden bäuerlichen Bevölkerung“ zum Jagdgewehr greift und seine Rehposten auf die Vorüberfahrenden sendet, dann ist der Mann rechtzeitig „halbzurechnungsfähig“, wie das gleiche Blatt jetzt den Mörder Schmelzer zu bezeichnen beliebt. Von diesem „Halbzurechnungsfähigen“ aber bestätigt, ebenfalls in der „Deutschen Zeitung“ der Junker von Alvensleben aus Arensdorf, daß er Angehöriger des Stahlhelms ist!

Seit wann hat der Stahlhelm „Halbzurechnungsfähige“ in seinen Reihen? Er prunkt doch immer wieder mit der „Disziplin“, die seine Leute an den Tag legen? Kann er von Ganz- oder Halbverrückten Disziplin erwarten? In Wirklichkeit wird diese „Halbzurechnungsfähigkeit“ nur herbeigeführt, um die Aufmerksamkeit von den moralisch Schuldigen abzulenken. Der Stahlhelm und die ihm dienstbare Presse — allen voran die „Deutsche Zeitung“ der Claf-Sodenstern — haben eine systematische Heze gegen die republikanische Schutzorganisation eingeleitet. Sie lassen Landau, Landau Vorträge über den angeblichen „Landesverrat des Reichsbanners“ halten; sie pfeifen die Bauerntölpel in gleicher Weise gegen das Reichsbanner auf, wie die Deutschnationalen Erzberger und Rathenau und schließlich Friedrich Ebert in den Tod geheht haben.

Der Tod des jungen Tiehe aus Erkner kommt auf dasselbe Konto, auf dem schon die Morde an so zahlreichen anderen Republikanern verbucht sind. Man spricht jetzt heuchlerisch von „parteilichter Ausschlichtung“ des Mordüberfalls von Arensdorf. Das Wort der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“ soll aber nicht ausgelöscht werden:

„An und für sich ist es freudig zu begrüßen, daß sich die gesunde bäuerliche Bevölkerung gegen die Ausbreitung der roten Pest tatkräftig wehrt.“

Das ist nichts anderes als die offene Aufforderung, weitere Ueberfälle auf durchfahrende Reichsbannerkolonnen in den Dörfern zu verüben, das entspricht ganz dem bisherigen Verhalten der Rechtspresse und der Rechtsparteien zu all den Mordtaten, die bisher gegen Republikaner verübt worden sind. Das entspricht auch jenen Gerichtsurteilen, die schamlose Beschimpfungen der Reichsfarben mit der Begründung straflos stehen, beschimpft seien nur die — Vereinsfarben des Reichsbanners und die seien nicht durch Gesetz geschützt!

Das Reichsbanner soll nach dem Willen des Stahlhelms und seiner Presse freiwild werden. Deshalb fordert der Stahlhelm unausgesetzt die Beseitigung des Stockverbotes, damit seine Gardien die Möglichkeit bekommen, gewissermaßen mit polizeilicher Erlaubnis auf Republikaner dreschen zu können.

Stockverbot und Aufforderung zur „tatkräftigen Wehr“ stehen auf einer Linie. Sie sind bestimmt, die Gewalttaten in ein System zu bringen. Das soll und darf nicht vergessen werden!

Protest gegen die Mordtat.

Beim Gauvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg, laufen täglich hunderte von Protestschreiben aus allen Bevölkerungsschichten ein, die ihren tiefen Abscheu über die ruchlose Tat ausdrücken. Immer wieder wird in diesen Schreiben harte gerichtliche Sühne gefordert.

Die Obduktion der Leiche des Ermordeten.

Gestern nachmittag fand im Städtischen Krankenhaus in Frankfurt a. d. O. die Obduktion der Leiche des ermordeten Karl Tiehe statt. Sie ergab, daß die tödlichen Schüsse, wie schon bereits mitgeteilt, von Rehposten herrühren. Die Rehposten haben beide Lungenflügel durchschlagen, das Rückgrat durchbohrt und sind dann in der Haut stecken geblieben.

Die Beerdigung des Kameraden Tiehe findet am Sonnabend nachmittag um 6 Uhr in Erkner statt. Pflicht aller Republikaner ist es, dem Ermordeten die letzte Ehre zu erwirken. Da der Friedhof nicht in der Lage sein wird, all die Teilnehmer zu fassen, wird vorher eine öffentliche Trauerkundgebung in Erkner stattfinden. Dann begleiten Delegationen den Sarg zum Friedhof.

Die Ueberführung der Leiche von Frankfurt a. d. O. nach Erkner erfolgt morgen, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, mit einem

Reichsbanner-Abfahrer beschuldigt wurden. Angeblich, weil er von den Zusammenhängen dieses Ueberfalls mit der späteren Schieberei nichts wußte, den ganzen Vorgang nach der Darstellung der Beschuldigten nur als „Kampfelekt“ auffasste, hat er die Borgeführten wieder freigelassen. Warum die Burschen nach Müncheberg und nicht ebenfalls nach Frankfurt gebracht wurden, ist allerdings unverständlich.

Interpellation im Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtage hat folgende Große Anfrage eingebracht.

„Am 25. Juni 1927 ist die Ortsgruppe Erkner des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die gerade in einem Lastkraftwagen Arensdorf passiert hatte, von Angehörigen der Rechtsverbände überfallen worden. Nachdem der Zwischenfall bereits beigelegt war und die Reichsbannermitglieder den Kraftwagen bereits bestiegen hatten, hat der Landwirtsohn August Schmelzer mit einem Jagdgewehr in den dichtbefestigten Wagen mehrmals hineingefeuert. Das Reichsbanner hatte dabei einen Toten und neun Verletzte zu beklagen.“

Dieser Ueberfall und der Mord an dem Reichsbannerkameraden haben in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft und der republikanischen Bevölkerung überhaupt eine ungeheure Erregung ausgelöst. Diese Erregung kann nur durch rücksichtsloses Durchgreifen gegen den Mörder und seine Helfershelfer beseitigt werden.

Wir fragen deshalb: 1. Ist das Justizministerium bereit, seine Organe anzuweisen, die Untersuchung rücksichtslos und schleunigst durchzuführen? 2. Welche Maßnahmen gedenkt das Ministerium des Innern zu ergreifen, um ähnliche Ueberfälle auf die friedliebenden Teile der Bevölkerung ein für allemal zu verhindern?

Der Justizminister greift ein.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ erfährt, hat der preussische Justizminister für die Untersuchung des Voralles in Arensdorf dem Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. d. O. einen beim Generalkaatsanwalt beim Kammergericht beschäftigten Staatsanwaltschaftsrat beigeordnet. Der Untersuchungsrichter in Frankfurt a. d. O. wird sich ausschließlich der Aufklärung dieses Sachverhalts widmen und von seinen sonstigen Dienstgeschäften entlastet werden. Die Untersuchung wird also mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gefördert werden.

Gegen die Entlassung der dem Amtsgericht Müncheberg vorgeführten Beschuldigten Hoffmann und Jemte hat der Oberstaatsanwalt Beschwerde an die Strafkammer in Frankfurt a. d. O. eingelegt.

Dem Amtsrichter von Müncheberg wurden nur die beiden Werwölfe vorgeführt, die des Ueberfalls auf den einzelnen fahrenden

Reichsbanner-Abfahrer beschuldigt wurden. Angeblich, weil er von den Zusammenhängen dieses Ueberfalls mit der späteren Schieberei nichts wußte, den ganzen Vorgang nach der Darstellung der Beschuldigten nur als „Kampfelekt“ auffasste, hat er die Borgeführten wieder freigelassen. Warum die Burschen nach Müncheberg und nicht ebenfalls nach Frankfurt gebracht wurden, ist allerdings unverständlich.

Das Dorf Alvensleben.

Der Junker von Alvensleben, der das Gut Arensdorf beherrscht, ist auch Führer des dortigen Werwölfs. Deshalb fühlt er sich berufen, in dem alldeutschnationalen Stahlblatt eine Darstellung über den Mordüberfall zu geben, nach der das Dorf „von der Uebermacht der vom Lastkraftwagen absteigenden Reichsbannerleute“ verewaltigt worden sei. . . .

Dies Arensdorf des Herrn von Alvensleben ist eine deutschnationale Hochburg. Es wurden dort bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 an Stimmen abgegeben:

Deutschnationale	180
Rationalsozialisten	11
Volkspartei	18
Wirtschaftspartei	1
Demokraten	43
Sozialdemokraten	55
Kommunisten	2

Es standen also 210 Rechtsparteilern nur 100 Einestimmen gegenüber. Die Deutschnationalen sind vorherrschend. Die Mordjünglinge stammen aus ihren Stahlhelmbreitern Reihen.

Entrüstung in Oesterreich.

Beiseitigung des republikanischen Schutzbundes.

In der Arensdorfer Angelegenheit ging beim Bundesvorstand des Reichsbanners folgendes Telegramm ein:

„Mit tiefer Entrüstung haben wir von dem jenen Mordüberfall reaktionärer Wegetagerer auf eine Reichsbannerabteilung in Arensdorf Kenntnis erhalten. Wir beklagen mit Euch den Kameraden Tiehe, das Opfer des blutigen Terrors der Reaktion. Wir ersuchen Euch, am Grabe des Kameraden Tiehe einen Kranz in unserem Namen niederzulegen und bitten, den verwundeten Kameraden unsere Sympathie zum Ausdruck bringen zu wollen.“

Für den Republikanischen Schutzbund Oesterreichs.
Julius Deutsch.

„Der Arbeiter ist Sozialdemokrat.“

Geständnis Bucharins in Moskau.

Die kommunistische Presse veröffentlicht jetzt den Wortlaut einer Rede, die Bucharin am 4. Juni im Moskauer Komitee der Kommunistischen Partei gehalten hat. Er wandte sich scharf gegen den Vorschlag Trojtski und Wujowitsch, daß man sich den Anarcho-Syndikalisten nähern und die Gruppe Maslow-Ruth Fischer wieder aufnehmen solle.

Dagegen führte Bucharin aus, daß die Anarcho-Syndikalisten Offiziere ohne Soldaten seien. Der Durchschnittsarbeiter stehe in Europa in den sozialdemokratischen Parteien und in den Amsterdamer Gewerkschaften. Die deutsche Opposition aber sei im Begriff, eine eigene Tageszeitung herauszugeben und eine eigene Partei zu gründen. Darin würde sie von der russischen Parteilopposition unterstützt. Nach ausführlicher Beschimpfung Maslows, der „von der Hindenburg-Regierung begnadigt“ worden sei, rief Bucharin aus:

„Statt die größtmögliche Zusammenballung der Reihen, die Säuberung von Renegaten, die Eroberung der breiten Massen zu fordern, schlägt man uns vor: Lassen wir doch jeden Mist in unsere Partei hinein, lassen wir doch die diversen Anarcho-Syndikalisten, die überaus verdächtigen Maslows, die „Disziplinlosen“ Ruth Fischer usw. hinein, und laßt uns zunächst die sozialdemokratischen Arbeiter vergessen. Wir sind mit einer solchen Einstellung absolut nicht einverstanden; nicht ein einziger Mensch, mit Ausnahme Wujowitsch, der aus fraktionellen Rücksichten der Helfershelfer des Genossen Trojtski in den Attacken, Ausfällen und Vorschlägen war, trat (im Plenum des Effl. Red. B.) für diese „Maßnahmen“ ein. Kein einziges Mitglied des Plenums war damit einverstanden, die Herren Maslows wieder aufzunehmen, oder, den breiten Massen den Rücken lehrend, sich auf die Suche zu machen nach ein paar Syndikalisten zum Zwecke der Vertiefung der Sowjetunion.“

Dazu muß bemerkt werden, daß die Gesellschaft, die Bucharin jetzt einfach als „Mist“ bezeichnet, die Maslow, Ruth Fischer, Scholom usw., vor noch nicht langer Zeit die Führung der RPD. hatte, in die sie von Moskau eingesetzt war. Niemand kann wissen, wie lange es dauert, bis auch die jetzige Führung

wieder auf den Misthaufen geworfen wird, und es wäre daher sehr unvorsichtig, sich ihr anzuvertrauen. Daran denkt ja auch — von einer kleinen Schar abgesehen — kein deutscher Arbeiter.

Wenn übrigens Bucharin sagt, der europäische „Durchschnittsarbeiter“ sei Sozialdemokrat, so sagt er leider zuviel. Wohl steht die große Masse der Klassenbewußten Arbeiter zur Sozialdemokratie, aber Millionen von Arbeitern, viel mehr als die RPD, in ihren Reihen hat, stehen noch bei den bürgerlichen Parteien. Für Europa und besonders für Deutschland schlägt eine Schicksalsstunde, sobald diese Arbeiter zur Sozialdemokratie kommen. Die kommunistische Partei ist demgegenüber eine Belanglosigkeit. Der Glaube, daß die Arbeitermassen einmal zu ihr kommen könnten, ist einfach närrisch. Aus Bucharins Ausführungen — aus seiner resignierten Feststellung, daß der europäische Durchschnittsarbeiter Sozialdemokrat ist — kann man schließen, daß auch er diesen Glauben längst verloren hat.

Der Partikularist als Finanzminister.

Dr. Schmelzle zum bayerischen Finanzminister ernannt.

München, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtages erbat der Ministerpräsident Dr. Held das Einverständnis des Hauses zur Ernennung des Staatsrats Dr. Schmelzle zum bayerischen Finanzminister. Hierzu erklärte die sozialdemokratische Fraktion, daß sie mit dieser Ernennung nicht einverstanden sei, da Dr. Schmelzle als Verfasser der mit den geschichtlichen Tatsachen unvereinbaren Denkschrift der bayerischen Regierung zur Revision der Weimarer Verfassung und damit als Vertreter des mit den Lebensbedürfnissen des ganzen deutschen Volkes nicht in Einklang zu bringenden extremen bayerischen Föderalismus bekannt ist. Infolge dieses Einspruches mußte über den Antrag des Ministerpräsidenten abgestimmt werden, wobei sich sämtliche bürgerliche Parteien für die Ernennung Schmelzles zum Finanzminister aussprachen.

Die Volkspartei beschwert sich.

Die deutschnationale Antwort: „Es wird weiter gehehrt!“

Der amtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei führt wieder einmal Klage über die deutschnationale Hege gegen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und seine Außenpolitik. Neben schon bekannten Fällen wird ein neuer angeführt:

„Es ist ja nicht nur die Hugenberg-Presse, die in der Kritik der Außenpolitik der Regierungskoalition das Menschenmögliche leistet. Die von uns schon einmal genannte deutschnationale Halbmonatsschrift „Der Deutschnationale“, herausgegeben von der deutschnationalen Parteifanzlei Bochum, hat sich wiederum einen Angriff auf den deutschen Reichsaussenminister geleistet, der an persönlicher Gehässigkeit ungefähr alles übertrifft, was in dieser Beziehung von einem radikal völkischen oder auch kommunistischen Organ geleistet werden könnte. Danach hat Stresemann die Freiheit und Zukunft Deutschlands für nichts und wieder nichts an England verschert und die deutschen Grenzen für einen Durchmarsch der französisch-englisch-belgischen Truppen gegen Rußland bereitwillig geöffnet. Diesen Irrsinn schreibt das Blatt in seiner zweiten Juniarausgabe, nachdem wir schon seine gleichen Ausführungen in der ersten Juniarausgabe gebührend zurückgewiesen hatten.“

Der Pressedienst fügt hinzu, daß sich auch die parteiamtliche deutschnationale Korrespondenz „Täglicher Dienst für nationale Zeitungen“ an dieser Hege beteiligt und fragt, was die deutschnationale Parteileitung gegen diese Giftmischerei zu unternehmen gedenkt.

Die Antwort liegt vor. Sie erscheint in demselben „Täglichen Dienst für nationale Zeitungen“, über den sich die Volkspartei beschwert, und lautet:

Die deutschnationale Pressefanzlei im Reichstag teilt mit:

Nachdem der „Vorwärts“ in bekannter Manier einzelne Äußerungen aus dem deutschnationalen Lager zu den Versuchen ausgenutzt hat, Zwist zwischen die Koalitionsparteien zu tragen, nehmen neuerdings auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ und die „Germania“ derartige Äußerungen zum Anlaß, an die deutschnationale Parteileitung die Aufforderung zum Einschreiten zu richten.

Es handelt sich in den dazu bemittelten Fällen um Äußerungen von Parteigliederungen im Lande, die bei Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung erklärten, sie würden ihre eigenen Wege gehen. Für derartige Äußerungen ist die Parteileitung nicht verantwortlich. Wenn aber die „Germania“ auf die angebliche Empfindlichkeit hinweist, mit der von deutschnationaler Seite kritische Äußerungen aus dem Lager anderer Parteien behandelt würden, so darf festgestellt werden, daß sich die deutschnationale Kritik bisher nur auf die Verstöße des Herrn Dr. Wirth — eines der prominentesten Mitglieder der Zentrumsfraktion — bezogen hat. Es wäre für die Deutschnationalen ein Leichtes, eine gleich große Anzahl von Angriffen aus der Zentrumspresse anzuführen, die ebenso unfreundlich gehalten sind und bei denen trotzdem gar nicht daran gedacht wurde, sich deswegen an die Parteileitung des Zentrums zu wenden.

Kein Wort über die Quertreibereien der Hugenberg-Presse, kein Wort über die Hege des parteiamtlichen „Täglichen Dienstes für nationale Zeitungen“, kein Wort des Bedauerns und kein Wort des Tadels. Die Parteileitung ist nicht verantwortlich und schluß. Mit anderen Worten: die Hege gegen Stresemann geht weiter!

Und der Reichskanzler, der Reichsaussenminister? Sie schweigen und dulden, daß das Ansehen der deutschen Außenpolitik von der größten Regierungspartei vor dem Inlande und Auslande herabgesetzt wird. Bürgerblockkurs — Bürgerblockfonturs!

Für Reisen nach der Sowjetunion Pässe auszustellen, lehnt England ab, da es für die Sicherheit seiner Bürger nicht garantieren könne.

Der Ruf der Wissenschaft.

Dem Reichsfinanzminister ist nichts bekannt.

Der Ruf der Wissenschaftler, Arbeiterführer und Wirtschaftler, der sich gegen die von gewissen Stellen betriebene Kürzung des Forschungsfonds im Reichsetat wendet, veranlaßt den Reichsfinanzminister Dr. Köhler zu folgender Erklärung durch das amtliche Nachrichtenbureau:

Der Reichsminister der Finanzen hat, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, zu der Höhe der Etatsansätze für 1928 überhaupt noch in keiner Weise Stellung genommen; schon deshalb nicht, weil sich der Vorschlag für das Jahr 1928 noch im Stadium interner Vorprüfungen befindet. Die Befürchtungen müßten um so grundloser erscheinen, als gerade der Reichsfinanzminister Dr. Köhler in seiner langjährigen Tätigkeit als badischer Finanzminister, der die materiellen Belange dreier Hochschulen zu befriedigen hatte, zahlreiche, von den badischen Universitäten ganz besonders anerkannte Beweise für seine positive Einstellung zu den Lebensfragen der deutschen Wissenschaft erbracht hat.

Die Antwort kann in keiner Weise genügen. Sie vermeidet eine klare Stellungnahme. Die Kreise, die die Kürzung des Forschungsfonds betreiben, werden durch diese Art von Erklärung kaum ermutigt werden. Vielleicht erinnert sich der Herr Reichsfinanzminister daran, daß er kurz nach seinem Amtsantritt beteuerte, daß ihm das Wohl der Beamten vor allem am Herzen liege. Zwischen dieser Beteuerung und seiner jetzigen Haltung ist ein unlösbarer Widerspruch. Man wird also abwarten müssen, wie sein Interesse für die „materiellen Belange“ der Wissenschaft aussehen wird, nachdem er Stellung genommen hat.

„Völkerbundpersonalien.“

Die „Germania“ gegen die amtliche Personalpolitik.

Vor anderthalb Jahren, als Deutschland noch nicht einmal im Völkerbunde vertreten war, veranstaltete die Rechtspresse eine wüste Hege gegen Sozialdemokratie und Zentrum, weil diese beiden Parteien nach Posten und Pöstchen im Sekretariat des Völkerbundes jagen sollten. Für die Sozialdemokratie wurde festgestellt, daß diese ganzen Behauptungen auf freier Erfindung beruhten.

In dem verflochtenen Jahr ist dann eine kleine Anzahl von Deutschen in das Genfer Sekretariat berufen worden. Selbstverständlich sind Sozialdemokraten nicht berufen worden, aus Deutschland ebenso wenig wie aus anderen Ländern. Nun steht die Ernennung eines deutschen Mitgliedes der Presseabteilung noch bevor. Aus Anlaß dieser Ernennung polemisiert die „Germania“ gegen die Personalpolitik ihrer eigenen Regierung. Sie vermahnt sich dagegen, daß der Völkerbund zu einem „Monopol freimaurerischer und liberalisierender Kreise“ wird. Dabei wird nur eine Kleinigkeit vergessen: Das Monopol der Nichtkatholiken in Genf ist so wenig vorhanden, daß an der Spitze des Amtes ausgerechnet ein Katholik steht!

Vor anderthalb Jahren wehrte sich das Zentrum nicht gegen „liberale Blätter“, wie die „Germania“ sich erinnert, sondern gegen die Presse ihrer heutigen Koalitionsfreunde, wegen der Stinbombe, die sie ihm und der Sozialdemokratie unter den Weihnachtsstich gelegt hatte. Heute muß dasselbe Blatt dagegen polemisieren, daß die wichtigen Posten in Genf von der Bureaucratie und von rechts besetzt werden.

Brecht — Sachs.

Deutschnationale Umgangformen.

Ueber die Entlassung des Ministerialdirektors Brecht, der bekanntlich auf Keudels Betreiben einem Deutschnationalen in der Verfassungsausschuss des Reichsministeriums Platz machen mußte, erfährt die „Völkische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle:

„Ministerialdirektor Brecht wurde am 11. April vormittags, einem Montagmorgen, mitten in der dienstlichen Arbeit zum Reichsminister v. Keudell gerufen, der ihm — für Dr. Brecht völlig überraschend — seine Versetzung in den Ruhestand

ohne jede vorhergehende Verhandlung oder Andeutung schwebendes Verhandlungen mitteilte. Die Versetzung in den Ruhestand wurde bereits am selben Tage amtlich bekanntgegeben. Die Behauptung, die im Preussischen Landtag von rechtsstehender Seite aufgestellt wurde, daß mit Brecht „monoklonal verhandelt“ worden sei, ist vollständig unrichtig. Es ist Dr. Brecht kein Wort vorher gesagt worden. Selbst Staatssekretär Zweigert soll erst nach dem Kabinettsbeschluss davon erfahren haben.

Dr. Brecht hat trotz 17jähriger — und man darf sagen sehr verdienstvoller — Tätigkeit in vier Reichsämtern bei seiner Entlassung nichts erhalten als die nüchterne, kalte Urkunde, die ihm mitteilte, daß er in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden würde. Er hat im Gegenzug zu der sonstigen Uebung, von seiner Seite ein Anerkennungs schreiben oder auch nur ein Ueberlassungsschreiben mit einer freundlichen Anerkennung erhalten! Staatssekretär z. B. Dr. Uewald und andere mehr haben seinerzeit selbstverständlich ausführliche Dankschriften solcher Art erhalten. Der angeführte so schroff behandelte Ministerialdirektor Sachs aber hat von der preussischen Staatsregierung ein Schreiben erhalten, in dem ihm der Ministerpräsident in seinem und der Staatsregierung Namen den Dank für seine langjährigen Dienste ausgesprochen hat!“

Die Mitteilungen zeigen, wie grundlos die Provokation der preussischen Regierung durch Sachs im Reichsrat war. Sie enthüllen die Strepeloseigkeit, mit der deutschnationale Beamte in hohen und höchsten Stellen vorgehen, wenn sie dadurch dem Staat, dessen Verfassung sie beschworen haben, eins auswaschen können. Es wird gut sein, ihnen gegenüber nicht päpstlicher zu sein als der Papst.

Obregon Präsidentschaftskandidat.

Calles Politik wird fortgeführt.

Mexiko-City, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Präsident von Mexiko, Obregon, hat sich bereit erklärt, die Präsidentschaftskandidatur anzunehmen. Er erklärt sich für die Fortsetzung der Politik des jetzigen Präsidenten Calles und befürwortet die Beseitigung des Einflusses der Kirche. Obregon besitzt Aussichten, gegen die Militärgouverneure Forano und Gomez gewählt zu werden. Die Entscheidung der Arbeiterpartei steht noch aus und fällt erst auf einem Kongress im August; doch ist die Partei für die Kandidatur Obregons.

Wie meist in Amerika, hat auch der mexikanische Präsident stärkere Regierungsgewalt als die Präsidenten europäischer Republiken. Er bildet selbst seine Regierung. Er ist dem Kongress nicht verantwortlich. Das Parlament ist nur gesetzgebende Körperschaft, es kann weder die einzelnen Minister stürzen noch den Präsidenten zum Rücktritt zwingen. Deshalb ist seine Amtsperiode, nicht wie in Deutschland sieben, sondern nur vier Jahre. Deshalb darf er auch nicht sofort wiedergewählt werden. Eine Präsidentschaft von acht Jahren könnte — das ist die Meinung der mexikanischen Verfassung — allzuleicht in eine lebenslängliche Diktatur umschlagen. Deshalb mußte Obregon, der 1920 gewählt wurde, 1924 auf die Wiederwahl verzichten. Mit seiner Zustimmung jedoch wurde Calles, sein Innenminister, zur Präsidentschaftskandidatur aufgestellt. Von der Arbeiterschaft gewählt, hat die bodenreformistische Politik gegen die einheimische Kirche und den ausländischen Kapitalismus mit Erfolg durchgeführt. Obregons Nachfolgerschaft wäre eine Bürgschaft dafür, daß sich auch in Zukunft die mexikanische Republik gegen die kirchlich und soziale Reaktion behauptet.

Der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften zeichnete als Baufonds für die Luftflotte 75 000 Rubel, ferner 30 000 Rubel für die Entwicklung des Schiffsports unter den Gewerkschaftsmitgliedern und richtete einen Aufruf an alle Gewerkschaften zur Teilnahme an der am 10. Juli beginnenden Wettbewerbsausstellung der Sowjetunion. Der Bergarbeiterverband hat 40 000 Rubel für den Flugzeugbau gestiftet.

Die jüdische Einwanderung nach Palästina beträgt seit 1918 72 000 Köpfe. Es gibt jetzt 152 000 Juden in Palästina, das sind 14 Proz. der Bevölkerung.

Theorie und Praxis.

Grundsätzliches zum Magdeburger Tänzertongress.

Jede revolutionäre Kunstperiode zeigt uns die Vorführer und Begabter vorausführend, höchst gesteckten Zielen entgegen, während die praktische Gestaltung den Theorien auf halbem Wege zögernd, vorsichtig zu folgen pflegt. Die Entwicklung des modernen Tänzes bietet — nach den Eindrücken des Tänzertongresses zu schließen — das entgegengesetzte Bild: die Führer suchen die Bewegung zu zügeln, blicken zurück, wollen den geraden Vorwärtsgang umbiegen. Rudolf v. Laban forderte den Anschluß, zwar nicht an das rektungelose verkommene Ballett, aber doch an das, was er „die klassische Tanzkunst“ nennt. Er hat nichts gegen den Spitzentanz, jede tänzerische Ausdrucksform ist ihm recht. Zwar meinte er, man dürfe den reinen Tanz nicht den Begriffen anderer Künste unterordnen, erklärte aber im selben Atemzuge, er lehne die Pantomime nicht ab. Was doch nichts anderes bedeutet als ein Unterordnen des reinen Tänzes unter die Begriffe der Schauspielkunst. Und Mag Terpis, der einst berufen wurde, um das Ballett der Berliner Staatsoper im modernen Stil umzugestalten, verabschiedete, er wolle einen besonderen Stil nicht propagieren. Alle Stile hätten die Berechtigung. Er unterscheidet „Tanzerei“ und „Bewegerei“, die sich zueinander verhielten wie Koloraturgesang zu hochdramatischem Gesang. Vertreterin der Tanzerei sei die Pawlowa, der Bewegerei die Wigman. Zwischen beiden bestände kein Wert, sondern nur ein Wertunterschied. Also Ballett und neuer Tanz sind gleichwertig. Für unsere Zeit gleichwertig. Aus der Kunst der Pawlowa spricht nicht der Geist einer untergegangenen Welt, in deren Rhythmus unser Gefühl nicht mehr zu schwingen vermag, die — wie Friedrich Schlegel sehr richtig sagte — für unsere Zeit nichts bedeutet, weil sie von unserer Zeit nichts deutet. Die Kunst einer Wigman, die tiefste Tiefen aufbringt, den geheimsten Sehnsüchten unserer Zeit Gestalt und Form gibt, deren Schöpfungen jedem, der sie wirklich erlebte, auf ewig in der Seele nachzittern, steht auf dem gleichen Niveau mit der allgegenwärtigen Kunstfertigkeit der Balletteuse, deren Wirkungen erloschen sind, sobald der Tanz zu Ende ist. Die neue Kunst der rhythmischen Körperbewegung, das Größte, Höchste und Tiefste, was das Deutschland unserer Tage auf künstlerischem Gebiet geschaffen hat, unterscheidet sich nur in seiner Art, nicht in seinem Wert von den Künsten der lächelnden, spitzentripplenden Coquettschen.

So sprechen in Magdeburg die Führer und Theoretiker. Und wie sah es in der Praxis aus? An den beiden Tanzabenden, die der Konarek veranstaltete, war vom „klassischen Stil“ nichts zu bemerken. Auf der ganzen Linie herrschte der moderne Ausdruckstanz. Die Darstellungen waren nicht gleichwertig. Berlin ragte so weit empor, daß — abgesehen von den brillanten Leistungen des Münchener Tanztheaters der Kurt Jooss und Jens Reich — alles andere im Schatten blieb. Kreuzberg und vor allem Vera Skoronel als Solistin und Leiterin von Tänzen der Trümper-Gruppe packten und ergrieffen das Publikum und wendeten begeisterte Subelstürme. In Magila, Hertha Feist, Lotte Kuerbach, Daisy Spieß und Rudi Kölling gaben Restes, Innergehlisches. Die Tanzgruppe der Jutta Klami fehlte leider. Aber auch die „Proving“ — Günther Heß, Hilde Etring, Jens Reich, die Hellerauerin Valerie Kratina,

die Pragerin Meyerova — bewegte sich durchaus im modernen Stil. Ballettanfänge waren nur bei Fräulein Lotte Krause aus Hamburg zu spüren, deren Leistung die Vorführer des Altens nicht zum „klassischen Tanz“ rechnen werden.

Und das Gesamtbild wäre ein noch viel eindrucksvolleres und klareres gewesen, wenn die größten Vertreterinnen des neuen abstrakten Stils an den Tänzen sich beteiligt hätten. Aber es fehlten, von allen Teilnehmern schmerzlich vermisst, Mary Wigman, Gret Palucca, Dronne Georgi. Hätten sie mitgewirkt, so wäre das künstlerische Niveau des Kongresses ein noch unergreiflich höheres gewesen. Ramentlich die anwesenden Zuschauer hätten erfahren, zu welchen Leistungen sich der neue deutsche Tanz aufzuheben vermag. Und auch dem Begründer des neuen Stils, Rudolf v. Laban, hätte man die Herzensfreude gegönnt, wahrzunehmen, wie die von ihm geschaffene Kunst Gipfelleistungen zu zeitigen vermag, die er vielleicht selber nie erhofft hatte. Ueber die Gründe des Fernbleibens der Größten waren allerhand unkontrollierbare Gerüchte verbreitet. Hoffentlich erlangt die Deffenlichkeit darüber noch Aufklärung, damit für die später in Aussicht genommenen Tanzkongresse derartige Mißgriffe und Unterlassungsläden vermieden werden können.

John Schittowski.

Deutsche Kunstgemeinschaft.

Die achte Ausstellung der Kunstgemeinschaft im Schloß entwickelt ein sehr reiches Programm. Zunächst werden die korporativen Sammlungen nach Landmannschaften fortgesetzt. Die Württemberger bieten einen nicht sehr erschütternden Querschnitt auf bürgerlicher Palastadademie, aber bei den Medienburgern darf man aushorchen und sich einige hoffnungsvolle Namen notieren: Benzmers laubere, naive gezeichnete Landschaften in glatten Flächen, reizvolle Aquarelle von Schent, Gimpel, Balzer und Dörte Helm, die geistreiche Pastelle voll farbiger Phantasie bringt. Es ist bezeichnend, daß man Fortschritt nicht im Lande alter Kultur, bei den Schwaben, sondern im nordischen Obitritenlande findet, das dem Stande der Unschuld in Sachen der Kunst sozuzagen noch näher steht.

Dann ist Das Meer als Sonderobjekt gewählt und dazu Das Stillleben, aber aus solchen Motiven läßt sich unter den hier gebotenen Voraussetzungen eines guten Durchschnittsniveaus keine eigentlich interessante Ausstellung bekreiten. Ueber das Rag rogen hinaus Deitmann mit einer symbolhaften Meeresmoge, ein schlafender Akt am Meer von Friisch und Kaus mit schönen Farben einer Ostseelandschaft. Das „Julie Milieu“ verkörpert am besten Barnings feingraue Dünenslandschaft und Richelions gut und frisch gemalte Seide. Die Stillleben sind eigentlich alle gut und geben ein richtiges Niveau für Anfänger ab, die nie enttäuschen.

Die Abteilung der Bildnisse wird weiter ausgebaut und zeigt wieder tüchtiges Neues. Der Nachdruck liegt auf den Dargestellten; es ist wie ein Gegenstück zu der Porträtschau junger Künstler bei Nierendorf. Man sieht Staatssekretär Schulz (von G. Brandes), A. T. Wegener, Geheimrat Kraus (von Jäckel), Legien, M. Liebermann und andere; charakteristisch die Bildnisse von Meyer-Überlingen, die Fritz Mauthner, Franz Serwaes und W. v. Scholz mit festerer Bestimmtheit wiedergeben.
Dr. Paul F. Schmidt.

Ausstellung von Schülerzeichnungen. Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wird zurzeit eine reichhaltige Ausstellung von Schülerzeichnungen aus dem Rheinland gezeigt. Die Ausstellung verfolgt nicht die Absicht, besonders künstlerische Veranlagungen einzelner Kinder darzulegen, sondern es sind Zeichnungen und Malereien Begabter wie „Unbegabter“ herausgestellt. Dabei zeigt es sich, daß es im Sinne der Laienzeichnung „Unbegabung“ überhaupt kaum gibt. Wir sind ja heute längst von der naiven Auffassung abgetommen, daß „richtiges“, d. h. naturgetreues Sehen und entsprechende Darstellung das Zeichen irgendeiner künstlerischen Begabung sein müsse. Oft sind es temperamentvolle, ehrgeizige Musterkünstler, die mit dem ihnen eigenen Eifer, in jedem Fach möglichst die Besten zu sein, auch im Zeichnen das notwendigste Handwerkliche lernen und dann die Natur in korrekten und langweiligen Bildern festhalten. Dagegen schaffen Ungeübte, für die Unienführung Unbeholfene vielfach überraschend geschmackvolle farbige Skizzen. Lieberwill hat ein Zeichnerlehrer die Arbeiten seiner Schüler, nach den verschiedenen Veranlagungen und Charaktereigenschaften getrennt, in Klappen gefaltet. Es wird damit ein weitgehender Einblick in die tatsächliche Eigenart der jungen Menschen gegeben. Die ganze Ausstellung, die das weiteste Interesse von Lehrer, wie von Elternkreisen verdient, beweist wieder, wie wertvoll vom pädagogischen wie vom künstlerischen Standpunkt der Zeichenunterricht an den Schulen werden kann. Die Ausstellung, deren Besuch unentgeltlich ist, ist täglich von 10 bis 18 Uhr, Sonntags von 10 bis 14 Uhr geöffnet.
Tes.

Theaterkandal in der Komischen Oper. Beim 14. Bild der Revue „Sireng verboten“ erhob sich gestern Abend ein ohrenbetäubendes Pfeifen und Lärmen von den zahlreich anwesenden Homosexuellen, die sich diese Szene nicht gefallen lassen wollten. Der Lärm war so stark, daß das Bild nicht zu Ende gespielt werden konnte. Die Polizei schritt ein. Einige Personen wurden festgestellt.

Zu Käthe Kollwitz' 60. Geburtstag. Am 8. Juli wird in der Berliner Kunststunde die Schriftstellerin Louise Diez eine Würdigung der Künstlerin erhalten.

Schwab Wangel hat für ihre Gastspiele im Reich aus dem Volksbühnen-Verlage die Komödie „Frau Schreck“ von Adolf Paul erworben, in deren Prologe sie kürzlich bei ihrem Gastspiel im Ullenaer Stadttheater einen durchschlagenden Darstellungserfolg erzielte.

Die Max-Liebermann-Ausstellung ist auch Sonntags bis nachmittags 5 Uhr geöffnet.

Im Sturm, Volksbühnen Straße 134a, ist eine neue Ausstellung eröffnet: Abstrakte Photographien von Bruguere (New York), Aquarelle von Adolf Rühle und eine Gesamtschau der Sturm-Künstler.

In die Adner Werkstätten, die Richard Niemerschke leitet, ist jetzt Walter Maria Berling berufen worden. Er soll dort eine Abteilung übernehmen, die sich mit der Herstellung von Modellen für die Waffen- und Flugzeugindustrie beschäftigt.

Eine französische Nationalakademie für Literatur, Unterrichtsmittelherstellung und Kunst wird gegründet. Unterrichtsminister Gerriot legte der Kammer einen Gesetzentwurf vor, der die Schaffung einer Nationalakademie für Literatur, Kunst und Wissenschaft bezweckt.

Die preussische Elektrowirtschaft.

Durchberatung des Gesetzes im Hauptausschuss des Landtags.

Der Hauptausschuss des Landtags behandelte am Sonnabend und Montag den Gesetzentwurf über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Staates in einer Aktiengesellschaft. Genosse Wänig als Berichterstatter forderte eine stärkere Vertretung des Parlaments im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft. Der Redner der Deutschnationalen, Dr. v. Walsbäumen, stimmte der Vorlage grundsätzlich zu, wünschte jedoch die Vorlegung der abzuschließenden Fusionsoverträge. Seiner Anregung, keine Parlamentarier in den Aufsichtsrat zu wählen, die die kapitalistische Wirtschaft ablehnen, trat Genosse Lüdemann entgegen mit der Forderung, nur Abgeordnete zu entsenden, die auf dem Boden der Gemeinwirtschaft ständen und Gewähr für eine entsprechende Führung der Geschäfte böten. Aufgabe der neuen Gesellschaft sei nicht die Erzielung möglichst großer Ueberschüsse, sondern die verbesserte und verbilligte Stromzuführung an immer weitere Kreise. Deshalb wünsche die Sozialdemokratie auch eine Zusammenlegung des Aufsichtsrats, die die Verbraucherinteressen berücksichtigt und den Mehrheitswillen des Landtags zum Ausdruck bringt.

Genosse Einert sprach für die Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen. Für die Deutsche Volkspartei verlangte Dr. Vinkler die Errichtung von Bezirksbeiräten als teilweisen Ersatz der fortfallenden Aufsichtsräte der alten Gesellschaften. Die Demokraten stimmten dieser Forderung zu, die auch nachher zum Beschluss erhoben wurde.

Einen langen Streit entzweite die Frage, wo der Sitz der Gesellschaft sein sollte, in Berlin oder in einer Stadt des gegenwärtigen Hauptverorgungsgebietes (Kassel oder Hannover). Gewählt wurde schließlich entsprechend der Vorlage Berlin.

Auf Verlangen des Zentrums legte die Regierung das in Aussicht genommene Statut der neuen Gesellschaft vor, das am Montag eingehend durchberaten wurde. Der Aufsichtsrat soll zu einem Drittel aus Landtagsmitgliedern bestehen. Der Vorstand wird von der Generalversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats gestellt und soll aus mindestens zwei Personen bestehen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde beschlossen, daß ein Teil des Reingewinnes regelmäßig zur Unterstützung beschäftigter oder ausgeschiedener Arbeiter und Angestellter zurückgelegt werden soll. Ein Antrag auf Beschränkung der Aufsichtsratsarbeiten für mehrere Aufsichtsratsmitglieder verfiel der Ablehnung. Der Handelsminister erklärte, daß die erworbenen Rechte und Ansprüche des gewählten Personals durch Fusion keine Minderung erfahren würden. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde jedoch noch eine besondere Sicherungsbestimmung in das Gesetz eingefügt.

Frankreichs Haushalt im Gleichgewicht.

Der Schuldendienst verschlingt die Hälfte der Einnahmen.

Paris, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Haushaltsplan für 1928, der nunmehr im Entwurf vorliegt, sieht 42,2 Milliarden Einnahmen und 41,5 Milliarden Ausgaben vor, so daß der Voranschlag rechnermäßig mit einem Ueberschuß von 600 Millionen abschließt. In der Begründung des Entwurfes wird darauf hingewiesen, daß die tatsächlichen Einnahmen im Jahre 1927 aus Steuern und Abgaben die Schätzungen nicht unbedeutend übersteigen.

Mit Bedauern zurückgenommen!

Die „Deutsche Zeitung“ vor Gericht.

Als vor mehreren Monaten im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg die Veruntreuungen des Oberstadtkommissars Wachsmuth aufgedeckt wurden, brachte die „Deutsche Zeitung“ einen Schimpfartikel, der seine Spitze gegen den sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister Ostrowski richtete. Wieder sei, sagte sie, so etwas in einem Bezirksamt vorgekommen, in dem ein Sozialdemokrat Bürgermeister ist. Das sei die notwendige Folge davon, daß „roten Ehrenmännern die Handhabung des Verwaltungsapparates überlassen“ sei. Unser Genosse Ostrowski hatte freilich mit der ganzen Angelegenheit nur insofern zu tun, als es gerade seinem entschlossenen Eingreifen zu danken war, daß Wachsmuth entlarvt wurde. Aber der Fall Wachsmuth bot einen erwünschten Anlaß, dem sozialdemokratischen Bürgermeister ein auszuweichen.

Wegen dieses Artikels, der offensichtlich beleidigen wollte, stellte Oberbürgermeister Böhm zum Schutze des Bezirksbürgermeisters Ostrowski Strafantrag gegen den für die „Deutsche Zeitung“ verantwortlichen Redakteur Grudzinski. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage, und Genosse Ostrowski schloß sich als Nebenkläger an. Vor dem Schöffengericht Berlin-Ritte (Abt. 203) ging der Angeklagte Grudzinski auf den Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Sternheim, ohne Zögern ein. Daß ihn nichts anderes vor der Beurteilung retten konnte, begriff er wohl selber. In dem Vergleich erklärt der Angeklagte, daß er mit dem Artikel den Bürgermeister Ostrowski nicht habe beleidigen wollen, zumal es ihm nur um das System, nicht um die Person zu tun gewesen sei. Er nimmt die als Beleidigung empfundenen Ausdrücke mit Bedauern zurück und versichert, daß er Bürgermeister Ostrowski nicht mit Oberstadtkommissar Wachsmuth habe in Verbindung bringen wollen. Auch übernimmt er die Kosten des Verfahrens. Genosse Ostrowski, der zum Termin mit Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenbergs als Rechtsbeistand erschienen war, zeigte sich geneigt, diese Erklärung anzunehmen. Die Zurücknahme des Strafantrages ist aber Sache des Oberbürgermeisters, dessen Entscheidung demnach eingeholt werden muß.

Nach wärem Beschimpfe ein kläglich kleinlauter Rückzug! Hier fällt uns ein, was die „Deutsche Zeitung“ in einem anderen Artikel (Nr. 105a, 6. Mal) sagte, der einige Monate nach jenem Schimpfartikel erschien. Sie klagte über die Bosheiten, mit denen man in der Publizistik den Gegner herabsetzt. Früher habe man mit ritterlichen Waffen gekämpft, und Mann habe gegen Mann gestanden. „Das Zeitalter, in dem der Zweikampf die Begier nach Mahhalten zwang, ist dahin“ — schrieb die „Deutsche Zeitung“ — „und sein Verächter hat mit zur Verhöhnung der publizistischen Sitten beigetragen. Frei von Verantwortung schüttet der Feigling seine vergifteten Pfeile auf den Tapferen, der im Vorbeigehen des im Bestriß Verborgenen nicht achtet.“ Dem Artikel gab das Blatt die Ueberschrift „Deutscher Verfall“. Wir haben ihm nichts hinzuzufügen.

Blauweiß-Böll aus der Charité geflüchtet.

Vor einigen Tagen berichteten wir über Blauweiß-Böll bei Straflagungen in Tegeler Gefängnis. Das gefährliche Gift bestand sich in größeren Tuben und war einigen Gefangenen auf geheimnisvolle Art zugeführt worden. Während einer der Straflagungen, ein gewisser Schlächter Böll, einen Teil des Giftes zu sich genommen hatte, um dadurch haltunfähig zu werden, konnte durch die Wachsamkeit eines Gefängnisbeamten dem Straflagungen R. eine ähnliche Tube mit Blauweiß fortgenommen werden, bevor er von dem Inhalt Gebrauch machen konnte. Beide wurden zusammen mit noch mehreren Straflagungen, die im Verdacht standen, Blauweiß zu sich genommen zu haben, in die Charité übergeführt. Bis auf Böll konnten indes alle wieder entlassen werden, da die ärztliche Untersuchung negativ verlief. Als

Gibt es eine Wochenendsteuer?

Die Omnibusfahrt als „Lustbarkeit“.

Wochenendsteuer? Gibt es denn so etwas auch? Jamohl, auch das kann man in Berlin haben! Eine Zeitungsnachricht hat darauf hingewiesen, daß die städtische Hauptsteuerverwaltung die Wochenendfahrten der „Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft“ als „Lustbarkeit“ behandelt und mit Steuern belegt. Nicht nur die teuren Fahrten, die bis zu 12 Mark kosten und dem Rinderbemittelten als unerschwinglicher Luxus gelten müssen, werden kräftig besteuert. Auch von den billigeren Fahrten, z. B. von den Fahrten nach Wandlitzsee für 1,50 Mark, wird eine Steuer genommen, die mit 10 Proz. des Fahrpreises für ein nicht allzu leistungsfähiges Portemonnaie immer noch empfindlich genug ist. Die Hauptsteuerverwaltung antwortet auf die gegen sie gerichteten Angriffe mit folgender Erklärung, die sie durch das Nachrichtenamt des Magistrats verbreiten läßt:

„Die Heranziehung der Wochenendfahrten der „Aboga“ zur Vergnügungssteuer hat zu der Frage Veranlassung gegeben, wie sich diese Besteuerung mit den Bestrebungen des Magistrats zur Förderung des Wochenendgedankens vereinbaren ließe. Die Wochenendfahrten der „Aboga“ nach Rheinsberg, Fürstenberg und Frielenswalde sind Vergnügungsfahrten im Sinne der Berliner Vergnügungssteuerordnung und als solche steuerpflichtig. Der Umstand, daß die „Aboga“ sie veranstaltet und daß sie nur zum Wochenende ausgeführt werden, macht sie nicht steuerfrei. Die „Aboga“ steht nicht anders da als die übrigen Rundfahrt- und Vergnügungsfahrtunternehmer, die schon seit Jahren die Vergnügungssteuer zahlen. Ihre Wochenendfahrten sind genau so zu beurteilen wie die Vergnügungsfahrten der übrigen Unternehmer. Sie frei zu lassen, würde einen großen Verstoß gegen den ersten Grundsatz des Steuerrechts, den Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Steuerpflichtigen, bedeuten. Außerdem würden sich die übrigen Unternehmer mit Recht über diese Bevorzugung ihres Konkurrenten beschweren. Bezüglich der Höhe der Steuer, die bei einem Fahrpreis von 12 Mark angeblich 5 Mark betragen soll, ist zu bemerken, daß die reguläre Steuer 10 Proz. des Fahrpreises, also bei 12 Mark nur 1,20 Mark beträgt. Wenn die „Aboga“ zu einer höheren Steuer veranlagt worden ist, so hat sie dies selbst verschuldet, weil sie dem Steueramt jede

Auskunft über den Fahrpreis und die Zahl der Fahrgäste verweigert hat. Mangels dieser Unterlagen war das Steueramt gezwungen, die nach dem Fassungsvermögen der Wagen bemessene Baukostensteuer zu berechnen. Die „Aboga“ hat es in der Hand, für sich die gleiche normale Steuer von 10 Proz. zur Anwendung zu bringen, wenn sie die erforderlichen Angaben macht.“

Dieser Rechtfertigungsversuch der Hauptsteuerverwaltung kann allenfalls die ungewöhnliche Höhe der Steuer für die längeren Fahrten der „Aboga“ verständlich machen. Ob man aber Fahrten ins Freie hinaus überhaupt besteuern soll, das ist eine andere Frage. Wer im Omnibus nach Wandlitzsee fährt, muß eine Steuer zahlen! Ja, ist es weniger „Lustbarkeit“, auf der Eisenbahn zum Beispiel nach Frielenswalde zu fahren? Hier hat die städtische Steuerverwaltung wohl keine Möglichkeit, eine Steuer zu erheben — sonst hätte sie wahrscheinlich auch das schon getan. In der Wochenendausstellung wird uns gezeigt, wie schön die nähere oder fernere Umgebung Berlins ist. Aber wenn nach den Mühen der Woche Erholungsbedürftige eine Sonntagsfahrt ins Freie machen, dann soll das eine steuerpflichtige Lustbarkeit sein? Wohlgerne: schon die Fahrt wird als Lustbarkeit besteuert, abgesehen von der Besteuerung etwaiger Gartenmusik und ähnlicher Genüsse, die ein Ausflugsort in den Gastwirtschaften bietet.

Werden wir es nun noch erleben, daß vielleicht auch die Sonntagsstraßenbahnfahrten durch eine Steuer von 10 Proz. gleich 2 Pfennig versteuert werden? Möglich ist alles! Wer dann, um solcher Besteuerung zu entgehen, auf Schusters Rappen nach dem Grunewald, nach Tegeler oder nach Treptow reist, darf sich wohl als „Steuerhinterzieher“ betrachten. Die städtische Steuerverwaltung verwendet viel Scharfsinn darauf, ihre Steuerordnungen durch immer schlaudere Bestimmungen so zu verbessern, daß möglichst kein Steuerpflichtiger noch ein Loch findet, durch das er entweichen könnte. Vielleicht verfällt man auf den Gedanken, auch den auf jede Fahrt verzeichnenden Wochenendfahrer dadurch zur Besteuerung seines bescheidenen Wochenendspazierganges heranzuziehen, daß man eine Stiefelsohlensteuer einführt.

heute früh gegen 3 Uhr die Nachtwache im Saal, in dem Böll lag. Runde machte, war A. aus seinem Bett verschwunden. Niemand will wissen, wie er entkommen ist. Vermutlich erfolgte die Flucht unter Mithilfe von Helfershelfern durch das Fenster.

Rätselhafte Bluttat in Steglitz.

Der Tote hinter dem Schrank. — Ein Schwerverletzter.

Eine jurdichtbare Bluttat, die nach allen Richtungen nach der Aufklärung bedarf, wurde heute morgen in dem Hause Albrechtstraße 72 zu Steglitz aufgedeckt.

Im Erdgeschoss wohnt hier das Kaufmanns Ehepaar Scheller, das sich augenblicklich auf einer Geschäftsreise in Schweden befindet, mit dem 19 Jahre alten Sohn Günther, einem Oberrealschüler, und einer 16 Jahre alten Tochter Hildegard, die ein Lyzeum besucht. Diese rief heute morgen um 7 Uhr den Arzt Dr. Freund in Süden an und bat ihn um schleunigen Besuch, weil sich in der Wohnung ein Unfall ereignet habe. Der Arzt fand eine fürchterliche Lage vor. Günther Scheller lag im Schlafzimmer mit einer schweren Schußverletzung im Kopf, hinter einem abgerundeten Spind eingeklemmt und in halb hängender Stellung fand der Arzt die Leiche eines jungen Mannes, der ebenfalls einen Kopfschuß hatte. Der Arzt benachrichtigte das 193. Revier und dieses setzte auf Grund des Befundes auch die Referendarmordkommission in Kenntnis. Der Tote ist ein 19 Jahre alter Kochlehrling Hans Stephan aus der Lenbachstr. 6a zu Friedenau. Seine Leiche wurde beschlagnahmt, der schwer verletzte Günther Scheller nach dem Krankenhaus gebracht. Hildegard Scheller und ein 19 Jahre alter Realschüler Paul Kranz, der sich mit ihr noch in der Wohnung befand, sind so verwirrt, daß eine klare Darstellung der Vorgänge von ihnen bisher nicht zu erlangen war. Es scheint, daß Scheller mit Stephan in Streit geraten ist, ihn durch die Räume verfolgt hat und ihm den tödlichen Schuß beibrachte, nachdem der Verfolgte sich hinter das Spind geflüchtet hatte. Als er dann sah, was er angerichtet hatte, versuchte er, durch einen weiteren Schuß auch sich selbst das Leben zu nehmen. Die Mordkommission ist noch dabei, volle Klärung zu schaffen.

Wie uns kurz vor Schluß des Blattes mitgeteilt wird, ist Günther Scheller seinen schweren Verletzungen erlegen.

Einen blutigen Ausgang nahm heute vormittag ein Familienstreit, der sich im Hause Gnesener Str. 6 abspielte. Der 43jährige Kräftige Wilhelm Krüger, der seit mehreren Jahren in dem Hause wohnt, geriet mit seiner um etwa zehn Jahre jüngeren Frau häufig in Streit. Auch heute vormittag kam es wieder zu einem Wortwechsel, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Plötzlich ergriff Frau K. ein langes Küchenmesser und drang auf ihren Mann, der sich mit einer Kohlenkugel zu wehren versuchte, ein. Sie brachte ihm mehrere tiefe Stiche in den Leib bei. Als Frau K., die ebenfalls eine stark blutende Handverletzung davongetragen hatte, sah, was sie angerichtet hatte, lief sie auf den Flur hinaus und rief um Hilfe. Hausbewohner eilten hinzu und benachrichtigten Polizei und Feuerwehr. Der schwerverletzte Mann wurde durch einen Rettungswagen der Feuerwehr in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er sehr bedenklich daneben liegt. Frau K. behauptete bei ihrer polizeilichen Vernehmung, in Notwehr gehandelt zu haben.

Einsturzgefahr in der Brunnenstraße.

Bei den Untergrundbahnarbeiten in der Brunnenstraße ist die Straße in der Breite des Dammes aufgerissen worden. Nachdem die Ausschüttungsarbeiten vollendet waren, wurde der Damm provisorisch mit Bohlen überdeckt und der Autobus- und Straßenbahnverkehr wieder durch die Brunnenstraße geleitet. Seit einer Woche bemerkten Hausbewohner und Straßenpassanten, daß der Bürgersteig sich senkt. Durch den starken Regen in der vorigen Woche vergrößerten sich die Risse und Senkungen erheblich. Durch die Pumpen der Nord-Südbahn wurde der nasse Sand mit weggeschwemmt. In den Senkungen sammelte sich aber immer wieder Regenwasser, das dazu beitrug, den Sand unter dem Bürgersteig wozuschwemmen. Unmittelbar an den Häusern in der Brunnenstraße 194 und 195 sind die Bodenfundamente am stärksten bemerkbar. In der vorigen Woche hatte sich der Bürgersteig soweit gesenkt, daß das Haus vom Portier bis zum vierten Stock riß. Die Vorderwand des Hauses muß sich um einen halben Zoll gesenkt haben. Am 18. Juni wurde der Riß zum ersten Male von den Betriebsleitern der Nord-Südbahn besichtigt und an einer Stelle mit Zement angefüllt. Schon nach drei Tagen, am 21. Juni, war der Riß größer geworden, die ausgefüllte Stelle um circa 1 1/2 Zentimeter aufgegangen. Ähnlich ging es mit zwei weiteren Proben am 24. und 27. Juni. Die Baupolizei wurde von den mit Recht ängstlichen Mietern benachrichtigt. Sie entsandte auch einen Beamten, der aber nur die Außenrisse besichtigt haben soll. In den letzten Tagen haben

sich die Risse immer wieder vergrößert. In den Wohnungen fällt der Fuß von der Decke. Fußböden in der Größe von 10 x 10 Zentimeter sind in einzelnen Räumen von den Wänden abgefallen. In dem Hause Brunnenstraße 194 sind einige Räume fast nicht mehr zu bewohnen. In den Haustoren beider Häuser sind die Risse so stark, daß die Türen nicht mehr verschlossen werden können.

Deutsche Schüler nach Frankreich.

Durch Vermittlung der Deutschen Liga für Menschenrechte reisten heute vormittag ungefähr zwanzig Schüler Berliner Lehranstalten unter Führung eines Reutlinger Studienrats nach Frankreich ab. Es handelt sich hier, wie auch in den Vorjahren, um Austauschschüler. Die Kinder bleiben bis etwa Ende August in Frankreich und kehren dann gemeinsam mit den französischen Schülern zurück. Der Transport geht bis Paris, wo die Schüler von Mitgliedern der Deutschen Volkshilfe und der französischen Liga für Menschenrechte empfangen und zu ihrem Bestimmungsort geleitet werden. Die wenigsten bleiben in Paris, die Bestimmungsorte sind unter anderem Reims, Maastricht, St. Quentin und Roubaix. Es ist dies die erste Reise in diesem Jahre. Gemeldet haben sich noch sechzig Schüler. Sowohl die deutsche wie auch die französische Eisenbahnverwaltung haben den Schülern bedeutende Ermäßigungen gewährt.

Wieder ein Kampf mit Einbrechern.

Noch sind die räuberischen Einbrüche in Hohen-Reuzendorf nicht aufgeklärt und schon wieder beschäftigt ein ähnliches Verbrechen die Kriminalpolizei, diesmal in Cöpenick.

Eine Witwe Großer, die in der Kaiser-Wilhelm-Straße 51 mit ihrem 21 Jahre alten Sohne Rudolf ein Villengrundstück bewohnt, wurde in der vergangenen Nacht durch ein Geräusch geweckt. Als der Sohn nachsah, stieß er auf einen fremden Menschen, der sofort eine Selbstschußpistole zog. Er wurde gepackt, doch erhielt Großer mehrere Hiebe auf den Kopf. Eine Kugel traf G. so schwer in den Bauch, daß er zusammenbrach. Der Einbrecher ergriff jetzt die Flucht. Die alarmierte Polizei veranfaltete mit mehreren Beamten sofort Streifen, die aber noch keinen Erfolg hatten. Der Verbrecher verlor am Tatort eine ledernerne Chauffeurmütze.

Selbstmord im Eisenbahnzug. Die Berichte von einem Mord alarmierten heute früh die Bahnhofswache des Stettiner Bahnhofs nach dem Ferngeleit, wo gegen 14 Uhr bei Reinigungsarbeiten im Abort eines Wagens 4. Klasse ein junger Mann erschossen aufgefunden wurde. Es konnte jedoch bald festgestellt werden, daß sich der Mann die tödliche Schußverletzung selbst beigebracht hatte. Die Waffe wurde unter dem Selbstmörder aufgefunden. Aus hinterlassenen Briefen ging hervor, daß es sich um den 23jährigen Kaufmann Bruno Cohn aus Eberswalde handelt. Unheilbare Krankheit war das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Absturz eines französischen Flugzeuges.

Bei Landeshut. — Zwei Insassen tot.

Landeshut, 28. Juni. (M.B.) Bei Rindelsdorf, Kreis Landeshut, versuchte gestern nachmittag gegen 6 Uhr ein französisches Flugzeug, das sich infolge des nägeligen Wetters verlor, die durchgehenden Wolkenmassen zur Orientierung zu durchbrechen. Zu spät erkannte dabei der Führer, daß er sich in einem hohen Waldbestand befand, und mit voller Wucht kassierte das Flugzeug unter starkem Getöse durch die wie Streichhölzer gestandenen starken Baumstämme zur Erde. Beide Insassen wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Das Flugzeug bildet einen einzigen Trümmerhaufen. Anscheinend handelt es sich bei den Getöteten um zwei französische Kaufleute, da unter den Trümmern Muster von Seidenwaren, Perlenkette usw. gefunden wurden. Die Unfallstelle, die tief im Walde liegt, ist schwer zugänglich.

Ein weiteres Telegramm meldet:

Landeshut, 28. Juni. (M.B.) Bei dem gestern nachmittag gegen 6 Uhr über dem Wald von Rindelsdorf abgestürzten und vollständig zertrümmerten Flugzeug, bei dem der Pilot und sein Begleiter den Tod fanden, handelt es sich um das Postflugzeug der Luftverkehrslinie Warschau—Brag—Paris. Führer des Flugzeuges war der Pilot Ludwig Strzelczyk, sein Passagier der Direktor der Privat-Telephongesellschaft in Brag, Major a. D. Friedrich Griebisch. Die Persönlichkeiten der Leichen konnten durch die bei ihnen vorgefundenen Papiere festgestellt werden. Das Flugzeug führte Pakete und Briefe mit sich, die zum großen Teil vernichtet oder stark beschädigt wurden.

Kampf um den Achtstundentag.

35 000 Metallarbeiter in Köln vor dem Streik.

Köln, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern haben die Arbeiter der Maschinenbauanstalt Humboldt, ebenso einige Gruppen der Schiffbauwerft Sachsenberg, die Belegschaft der Maschinenfabrik Rheinania und des Kupferwerks Heppenheimer die Arbeit niedergelegt. In den übrigen Fabriken der Kölner Metallindustrie sind gemäß dem Beschluß der Gewerkschaften nach achtstündiger Arbeit die Fabriken verlassen worden. In der Schiffbauwerft Sachsenberg ist der übrige Teil der Belegschaft daraufhin ausgesperrt worden.

Diese Aussperrung läßt erkennen, daß die Unternehmer sich der Wiederherstellung des Achtstundentages mit allen Mitteln widersetzen. Die Arbeiter sind jedoch entschlossen, den Achtstundentag eventuell durch einen allgemeinen Streik zu erzwingen.

Heute nachmittag 1/4 Uhr beginnen vor dem Schlichtungs-

ausschuß die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob der Kampf sich auch auf die übrigen Werke ausdehnt oder aber durch Wiederherstellung des Achtstundentages zum Abschluß kommt. Die Kölner Metallarbeiter sind jedenfalls fest entschlossen, mit der Ueberstundenwirtschaft aufzuräumen.

Es ist bemerkenswert, daß an den Beschläßen und ihrer Durchführung nicht nur die freigewerkschaftlich organisierten, sondern auch die christlichen Metallarbeiter beteiligt sind. Dieser Kampf zur Wiederherstellung des Achtstundentages ist von großer Bedeutung nicht nur für die Kölner Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus für die gesamte Metallindustrie von Rheinland-Westfalen, wo die Ueberstellung des Achtstundentages bekanntlich einen besonders großen Umfang angenommen hat.

Um den Achtstundentag bei der Straßenbahn Ergebnislose Verhandlungen.

Gestern wurden zwischen dem Verkehrsband und der Direktion der Berliner Straßenbahn die Verhandlungen ausgenommen über den Neuabschluß des zum 30. Juni gekündigten Manteltarifs.

Der Vertreter des Verkehrsbandes begründete zunächst die bereits vor vier Wochen überreichten Forderungen des Personals, die wir bereits in unserer Sonntagsausgabe mitgeteilt haben. Trotzdem in den Forderungen noch nicht einmal das gefordert wird, was die städtischen Arbeiter schon längst besitzen, tat der Vertreter der Straßenbahndirektion über die aufgestellten Forderungen sehr erstaunt.

Trotz mehrstündiger Verhandlungen vermied es der Direktionsvertreter, eine klare Antwort darüber zu geben, wie sich die Direktion zu den Forderungen stellt. Die Verhandlungen wurden schließlich ohne jedes Resultat abgebrochen und sollen am Donnerstag fortgesetzt werden.

Auch die Eisenbahner wehren sich.

Eine stark besuchte Konferenz der Betriebs- und Beamtenräte des Einheitsverbandes der Eisenbahner des rheinischen Reichsbahndirektionsbezirks, die dieser Tage in Engers am Rhein stattfand, nahm mit großer Entschiedenheit gegen das Ueberstundenwesen Stellung, das bei der Reichsbahn in den letzten Monaten besonders um sich gegriffen hat. Nach einem Vortrag von Pra witz-Berlin über die Rechtsstellung der Beamtenräte und des Hauptbetriebsratsvorsitzenden Hatje-Berlin über die Reichsbahn als Unternehmer und Arbeitgeber kam es zu einer lebhaften Aussprache über die von der Reichsbahn verfügte Kürzung der Ortszuschläge in den rheinischen Direktionsbezirken. Die Verhandlung wurde erfaßt, gegen diese Verschlechterung mit allen Mitteln anzutämpfen.

Die Zustände in Ostoberschlesien. Wie deutsche Arbeiter verfolgt werden.

Die Klagen über die Bedrückung der Deutschen in Ostoberschlesien, besonders der deutschen Arbeiter, wollen nicht abheben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß von den polnischen Behörden und leider auch von den polnischen Berufsorganisationen systematisch diejenigen Arbeiter auf den wirtschaftlichen Index gesetzt werden, die bei Wahlen sich im Sinne der deutschen Organisationen betätigen.

Man sucht nicht nur diejenigen außer Brot und Lohn zu bringen, die als Kandidaten bei Betriebsräte- oder Gemeindevahlen auf einer deutschen Liste standen, sondern alle Mitglieder von deutschen Gewerkschaftsorganisationen zur Entlassung zu bringen, oder ihre Einstellung zu hinterziehen. Von den amtlichen Arbeitsnachweiskstellen wird ausdrücklich erklärt, daß die Ueberweisung einer Arbeits-

stelle nur erfolgen könne, wenn der Betreffende aus seiner deutschen Organisation austritt und einer polnischen Berufsorganisation beitrifft. Die Verfolgungen gehen soweit, daß Arbeiter auf Veranlassung der polnischen Behörden bzw. des Arbeitsvermittlungsamtes entlassen werden.

Dem Bergarbeiter L., der bei den Betriebsrats- und Gemeindevahlen auf der deutschen Kandidatenliste stand, wurde von seinem Steiger im Auftrage eines höheren Angestellten gesagt, daß er nicht gekündigt würde, wenn er einen Ausweis bringe, daß er aus der deutschen Organisation ausgetreten sei.

Deutsch organisierte Arbeiter, die sich mit einem Ausweis von ihren Organisationen an den Arbeitsnachweis wandten, erhielten keine Arbeitsstelle. Als sich dieselben Arbeiter später mit einem Ausweis einer polnischen Organisation an den Arbeitsnachweis wandten, erhielten sie die ihnen einige Tage zuvor verweigerte Arbeitsstelle überwiesen. Es sind das besonders die Arbeitsnachweise in Königshütte und Laurahütte, die derart gegen deutsche Arbeiter verfahren. Daß die Beamten auf höhere Anweisung handeln, geht schon daraus hervor, daß die Arbeitsuchenden stets befragt werden, welcher Nationalität und Gewerkschaftsrichtung sie angehören.

Aber auch darüber, ob die Kinder der Arbeitsuchenden in einer deutschen Kinderheimschule eingeschult sind, verlangt der Arbeitsnachweis Auskunft. Besuchen die Kinder die deutsche Schule, dann wird den arbeitslosen Vätern offen erklärt, daß für sie keine Arbeitsmöglichkeit bestehe. Der Arbeitsnachweisbeamte in Laurahütte erklärte, daß er vom Bürgermeister die Anweisung habe, nur solchen Arbeitsuchenden Arbeitsstellen zuzuwenden, deren Kinder die polnische Schule besuchen.

Selbst wenn Unternehmer Arbeiter einstellen wollen, auch wenn es sich um Spezialarbeiter handelt, verweigern die Arbeitsnachweise die Genehmigung zur Einstellung, wenn die Arbeiter deutsch sind. Es ist sogar vorgekommen, daß polnische Betriebsleiter im Einverständnis mit dem polnischen Westmarkenverein ohne Zustimmung des Betriebsrates und der verantwortlichen Direktion deutsche Arbeiter entlassen haben und daß die Einsprüche der Direktion bei den zuständigen Behörden nicht berücksichtigt wurden.

Wie systematisch gegen alle Arbeiter vorgegangen wird, die sich irgendwie für die deutschen Organisationen betätigen, geht unter anderem daraus hervor, daß bei einer der letzten Arbeiterentlassungen in Laurahütte unter anderem alle Funktionäre der deutschen Gewerkschaften entlassen wurden, darüber hinaus alle Arbeiter, die deutsche Zeitungen lesen, die bei den Gemeindevahlen auf der deutschen Liste kandidiert hatten, ja sogar selbst die Arbeiter, die deutsche Stimzettel verteilt hatten. Es ist vorgekommen, daß Gemeindevorsteher die Auszahlung einer Armenunterstützung abhängig machten von der Mitgliedschaft in einer polnischen Organisation.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Verfolgungen der deutschen Arbeiter in Ostoberschlesien. Die angeführten Fälle dürften aber genügen, um jedem vernünftigen Menschen klarzumachen, daß

diese Zustände sonst weitergehen können. Es ist zunächst die Pflicht des Völkerverbundes, und in diesem Falle des Internationalen Arbeitsamtes, hier nach dem Recht zu leben. Aber auch unseren polnischen Genossen müssen wir ernstlich nahe legen, nicht länger derartige Machenschaften zu dulden, wenn nicht direkt zu unterstützen.

Die Löhne der amerikanischen Eisenbahner.

Dem Verwaltungsrat der Reichsbahn zur Berücksichtigung. Der zwischenstaatliche Handelsausschuß der Vereinigten Staaten teilt die nachstehenden Löhne für das Eisenbahnpersonal mit. Die Eisenbahngesellschaften, die diese Löhne anerkennen, beschäftigen 90 Prozent der gesamten Eisenbahner der Vereinigten Staaten. Danach betragen die Monatsgehälter der verschiedenen Personalgruppen der Eisenbahner in den Vereinigten Staaten im Dezember 1925 und im Dezember 1926:

Personalgruppen	Durchschn. Monatsverd.	
	Dezbr. 1925	Dezbr. 1926
	Dollar	Dollar
Verwaltungs- und Bureaupersonal . . .	137	138
Unterhaltung der Schienenstränge . . .	91	94
Unterhaltung d. Materials u. Materiallager . . .	120	133
Unterhaltung der Eisenbahnwagen . . .	143	150
Unterhaltung der Maschinen . . .	137	142
Gelernte Hilfsarbeiter . . .	109	114
Hilfsarbeiter d. Gruppe I (Werkstätten, Lokomotivschuppen, Krassifikationen und Lager)	96	97
Hilfsarbeiter d. Gruppe II (Werkstätten, Lokomotivschuppen, Krassifikationen und Lager)	80	81
Stationsvorsteher . . .	157	158
Telegraphisten, Telephonisten usw. . .	152	154
Streckenwärter, Brückenwärter, Bahnwärter	75	78
Personal der Güterbahnhöfe . . .	188	190
Lokomotivführer . . .	270	246
Bremser und Signalleute . . .	180	179
Bremser u. Hilfspersonal a. d. Güterbahnhöf.	181	180
Lokomotivführer . . .	278	274
Heizer und Hilfsheizer . . .	199	197

Was an dieser Statistik nach deutschen Begriffen auffällt, ist nicht allein die absolute Höhe der Bezüge der Eisenbahner. Auffallend ist, daß das Verwaltungspersonal mit einem Durchschnittseinkommen von 138 Dollar, das der Stationsvorsteher mit einem Monateinkommen von 158 Dollar nicht nur weit hinter den Lokomotivführern und Heizern sowie hinter dem übrigen Fahrpersonal, sondern auch hinter dem Personal der Güterböden, ja sogar hinter den Maschinenführern rangiert. So etwas kann bei der Deutschen Reichsbahn natürlich nicht passieren. Da werden Leistungsprämien gezahlt an solche, die die Leistung anderer registrieren.

Der Warschauer Bauarbeiterstreik geht weiter.

Warschau, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Intervention der Warschauer Regierung im Bauarbeiterstreik hat kein Resultat erzielt, da die Industriellen eine Erhöhung der Arbeiterlöhne von der gleichzeitigen Heraufsetzung der Baukosten abhängig gemacht haben. Die Regierung hat diesen Vorschlag der Industriellen zurückgewiesen und der Streik geht in verschärfter Form weiter, ohne daß Aussicht auf erneute Vermittlung der Regierung besteht.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: R. J. Widmer; Lokales und Sonstiges: Fritz Rahrhdt; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanhang Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

<p>Concordia-Palast, Andreasstraße 64 Vom 28. bis 30. Juni Hotelratten Dazu: Goldmine in Texas</p>	<p>Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99 Vom 28. bis 30. Juni 1927 Das Panzergewölbe Ferner: Bühnenschau</p>
<p>Neukölln, Bergstr. 151/52 Vom 28. bis 30. Juni 1927 Hotelratten Ferner: Um hohen Preis Bühnenschau</p>	<p>Frankfurter Allee 48 Vom 28. bis 30. Juni Der Hund von Huxville Ferner: Der Herr von Paris Bühnenschau</p>

Turmstr. 70 Total - Ausverkauf Turmstr. 70
wegen Aufgabe des Geschäfts Turmstraße 70
Nie wiederkehrende Gelegenheit zur Beschaffung in Herren- und Jünglingsbekleidung zu rasend billigen Preisen.

Hier die Beweise: Herrenanzüge 58.- 45.- 36.- 24.- 18.50 **14.50** Burschenanzüge von 8.90 an
Herrenmäntel für Sommer u. Winter 45.- 29.- 25.- 19.- **12.50** Hosen 6.90 5.90 4.90 3.90 **2.90**

Modehaus Mio, Turmstraße 70
zwischen Otto- und Goltzkowskystraße.

Allen voran
in Güte und Preis
der **Goldsiegel-Schirm**

Cherdron
Gr. Frankfurter Str. 128 | Charlottenburg
Frankfurter Allee 16 | Berliner Str. 146

Metallbetten 10.50
Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung

Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation

Wer probt, der lobt
Vorzügliche Natur-
Butter 1.40
und 1.60 pro Pfund.
Wagner, Berlin 50
Mariannenstraße 34

Möbel Kredit
sehr günstig bei
Camnitzer
Schönh. Allee 82, 1
im Rohhdt. Erding.

100 Jahre
Qualitäts-, Rabat-
u. Reklamemarken
gegen Nachahmung
gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr.
als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig - Skenditzsch

PEEK & CLOPPENBURG
BERLIN C 19 / GERTRAUDYEN-STRASSE 25-27 / ROSS-STRASSE 1-4

Wettermäntel
für Damen und Herren

aus regendichtem Strichflausch
leicht, mollig und warm
Das Beste für die Reise u. Ferienaufenthalt

Eigenerzeugnisse

Willst du, daß dir Siege winken,
darfst du nur **Sinalco** trinken.



Sinalco ist stärkend,
erfrischend, bekömmlich, da aus
bestem Zucker und naturreinen
Fruchtaromen hergestellt.

Überall zu haben
Generalvertrieb **Stark & Krüger G.m.b.H.**
Landsberger Allee 6-7. Telefon: Alexander 4703.
Königsstadt 1666.